



# KOMpass

Pusulá

コンパス

πυξίδα

boussole

brújula

iránytű

เข็มทิศ

Zeitung der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative – International (KOMintern) / Ausgabe 18 / 2019

## KURSWECHSEL JETZT



**SRB: Streik bei Magna Odžaci ... Seite 2**  
**AK: 5 Jahre & kein bisschen leise ... Seite 3**  
**F: Gelbwesten sahen rot ... Seite 4**  
**EU: Nebelgranate Sozialunion ... Seite 5**  
**Frauen: Kampf zu allen Zeiten ... Seite 6**  
**CH: Alle Kräne stehen still ... Seite 7**  
**Laues Lüfterl statt heißer Herbst ... Seite 8**  
**KOMintern: Wir kandidieren zur AK ... Seiten 9+10**

**Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft ... Seite 12**  
**Keine Profite mit der Miete ... Seite 13**  
**TR: Wir sind keine Sklaven ... Seite 14**  
**Armutsfeste Mindestsicherung ... Seite 15**  
**Irrlichter beim Mindestlohn ... Seite 16**  
**Kampf für Sozialversicherung ... Seite 17**  
**Ö: Steuerparadies der Reichen ... Seite 18**  
**Pension: In Würde alt werden ... Seite 19**

# Erfolgreicher Streik bei Magna Odžaci in Serbien



Magna wollte Beschäftigten 80 Euro weniger zahlen, weil der September kurz war. Die Belegschaft kämpfte – mit Erfolg.

Gute Nachrichten kommen aus der Vojvodina: Die gut 2.000 Beschäftigten von Magna Seating Odžaci konnten sich mit einem Streik gegen den austrokanadischen Konzern wehren. Sie setzten ihre Forderung nach einem Monatslohn von 50.000 Dinar brutto (422,61 Euro) durch.

Doch der Reihe nach: Im September fiel das Werk für Sitzbezüge um drei Arbeitstage um. „Schuld“ waren der Kalender und damit nicht geleistete Überstunden, meinte der örtliche Magna-Chef Miro Vidošević. Für das Management war das Grund genug, die Septemberlöhne um bis zu 10.000 Dinar (etwa 80 Euro) zu kürzen. Daraufhin traten die Arbeiterinnen und Arbeiter aller drei Schichten in den Streik.

Die Geschäftsleitung drohte den Streikenden darauf mit Entlassungen. Aber die Beschäftigten ließen sich nicht einschüchtern und legten geschlossen die Arbeit nieder. Damit standen die Räder bei Magna Seating Odžaci still. Nun ist Magna seit jeher für seinen rigiden Kurs gegen Gewerkschaften bekannt. Statt Betriebsräten setzt man auf Boni und Einschüchterung,

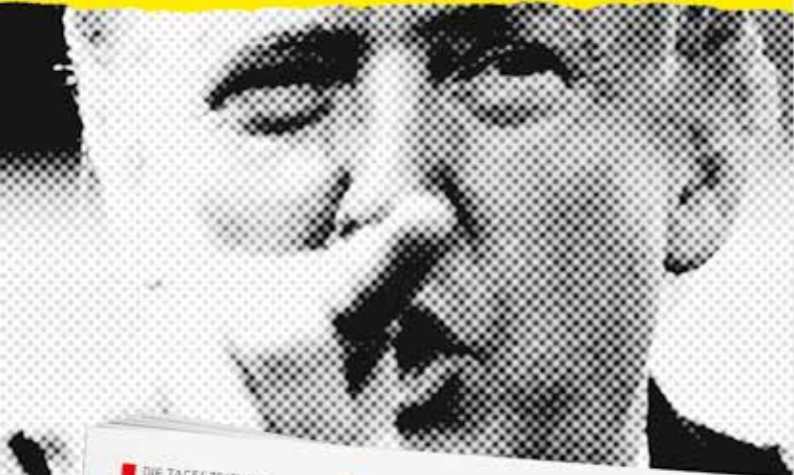
also Zuckerbrot und Peitsche. Im Nationalratswahlkampf 2013 sagte Magna-Boss Frank Stronach zum Trend, im Falle eines Aufstands würden die „Arbeiterführer abgeschossen“. Das erlaube der EU-Vertrag von Lissabon.

In dieser Tradition rief Magna die Polizei von Odžaci zur Hilfe. Diese weigerte sich, gab es doch keine „Zwischenfälle“ bei der Arbeitsniederlegung. Daraufhin flog der Konzern eine Verhandlerin aus Österreich ein, und für die Arbeiter reiste Aleksandar Todić von der Gewerkschaft „Nezavisnost“ (Unabhängigkeit) an. Todić erklärte gegenüber Medien, dass es keinen Betriebsrat in Odžaci gäbe, da Magna dies verbiete. Der Konzern bestritt das, musste letztlich aber den Lohnforderungen nachgeben und die Kürzungen zurücknehmen.

Seit 2013 entstehen im Magna-Werk Odžaci Bezüge für Audi, BMW, Renault und Ford. Bei der feierlichen Eröffnung war der damalige Premier Aleksandar Vučić – ein Kamerad von Kurz und Strache – vor Ort. Seine Regierung förderte den Standort mit 4,5 Millionen Euro. 2017 wurde die Fabrik um eine weitere Anlage erweitert. Im 10.000-Seelen-Ort Odžaci ist Magna Seating einer der größten Arbeitgeber.

(Leicht bearbeiteter und gekürzter Beitrag aus AZ 2018/12)

## Dein Abo gegen Dummheit, Lüge und Hass.



## Mit einem jW-Onlineabo ...

... erhalten Sie **sofortigen Zugang zu den aktuellen Inhalten** und zum **Archiv seit 1997**, mit vielen Möglichkeiten zur Recherche;

... lesen Sie online bereits **am Vorabend alle Artikel der kommenden Ausgabe**;

... können Sie sich die **Zeitung als PDF- oder ePUB-Datei** herunterladen.

Als Abonnent können Sie **junge Welt** auch als **E-Mail-Ausgabe** beziehen, zu Artikeln **debattieren** und **Lesetips** abgeben.

**Jetzt das jW-Onlineabo bestellen!**  
**[jungewelt.de/abo](http://jungewelt.de/abo)**

Telefonisch unter (00 49) 30/53 63 55-80/-81/-82

# 5 JAHRE UND KEIN BISSCHEN LEISE

# AK



© Mario Lang

*Selma Schacht, AK-Rätin für KOMintern in Wien und  
Can Tohumcu, AK-Rat für KOMintern in Niederösterreich*

Selma Schacht ist Spitzenkandidatin für KOMintern in Wien, Can Tohumcu Listen erster für KOMintern in Niederösterreich. Beide waren schon in der letzten Legislaturperiode Arbeiterkammerrätin/rat und ziehen in unserem Interview Bilanz:

## **Die erste klassische Frage ist wohl immer: Was waren eure größten Erfolge?**

**Selma Schacht:** Das ist gar nicht so leicht zu beantworten, denn in fünf Jahren kommt da schon einiges zusammen! Ein persönliches Highlight war für mich, nachdem ich im Sozialbereich arbeite, die Zustimmung der AK Wien zu unserem Antrag „Nein zum sozialen Backlash in Wien“. Zu dem Zeitpunkt gab es massive Kürzungen z.B. bei der Frühförderung von Kindern und damals schon viel zu wenig Geld in der Pflege. Die AK Wien hat auf KOMintern-Initiative beschlossen, Kampagnen für mehr Ressourcen im Sozial- und Gesundheitsbereich und die Initiativen der Beschäftigten und BetriebsrätInnen gegen Einsparungen zu unterstützen. Auch konnten wir nach längeren Debatten in unterschiedlichen Ausschüssen erreichen, dass die AK Wien sich klar und deutlich gegen Verschlechterungen bei der Wohnungsvergabe durch die Stadt Wien ausspricht.

**Can Tohumcu:** Noch unter der SPÖ-geführten Regierung wurden „Ein-Euro-Jobs“ für anerkannte Flüchtlinge und gering bezahlte gemeinnützigen Tätigkeiten ohne Arbeitsverhältnisse für AsylwerberInnen gefordert. Die AK-Vollversammlung in Niederösterreich hat auf unseren Antrag hin dieser Forderung nach menschenverachtenden sowie auf ein Lohndumping abzielenden Zwangstätigkeiten eine eindeutige und unmissverständliche Absage erteilt.

## **Was waren die massivsten Ärgernisse in der AK-Arbeit?**

**Can Tohumcu:** Das war in Niederösterreich überhaupt noch vor der ersten Vollversammlung: Bei einem Fotoshooting mit allen Fraktionen wollte die AK ernsthaft, dass ich mein T-Shirt vom Aktionsbündnis „Nein zum 12-Stunden-Tag“ ausziehen soll, weil „keine politischen Botschaften“ transportiert werden dürften. Ich habe das natürlich nicht gemacht – und so wurde ein Bild veröffentlicht, wo der Grüne Gewerkschafter systemkonform den durchgestrichenen 12er verdeckt. Tja,

damals ist es auch gegen die SP-Regierung gegangen, unter Schwarz-Blau werden Großdemos organisiert. Aber wir vergessen nicht, wer den 12-Std.-Tag als erster eingebracht hat: das war die SPÖ.

**Selma Schacht:** Es ist fast jedes Mal das gleiche. Sobald es kämpferischer wird, zieht die FSG den Kopf ein und erklärt entweder nicht zuständig zu sein, oder es wäre zu weitreichend, oder – wenn's „zu radikal formuliert“ ist – wohl zu wenig staatstragend. Alles, was sich konsequent gegen eine Unterordnung unter die Sozialpartnerschaft mit den Wirtschaftsvertretern wendet, ist für die Sozialdemokratie sowie so unmöglich mitzutragen. Wirklich absurd war z.B. dass die FSG gegen einen Antrag zur Unterstützung des Anti-CETA/TiSA/TTIP-Volksbegehrens gestimmt hat. Es ist ein Skandal, diesen Frontalangriff auf ArbeitnehmerInnenrechte durch die Freihandelsabkommen nicht massiv zu bekämpfen. Und immer wird da einstimmig unter Klubzwang die Hand gehoben, auch von jenen, die sich als „links“ verstehen. Unterordnung ist da das oberste Gebot.

## **Wie konntet ihr über die Vollversammlungen und Ausschüsse hinaus wirken?**

**Selma Schacht:** Wir konnten immer wieder die Verbindung zu Themen und Anliegen von Initiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen herstellen, beispielsweise die Analyse von „AK Vorrat“ gegen den permanenten Ausbau der staatlichen Überwachung und für den Schutz der Privatsphäre, oder die Anliegen der Deutschlehrenden und TrainerInnen in der Erwachsenenbildung.

**Can Tohumcu:** Die FSG in Niederösterreich hat die bis dahin breitgedeckte muttersprachliche Fachberatung in den AK-Betriebsstellen streichen lassen. Statt sie systematisch auszubauen, werden die Beratungen faktisch nur mehr mit Terminausgaben gedolmetscht. Wir haben das mit öffentlich gemacht und dabei auch große Unterstützung von BetriebsrätInnen erhalten. Zudem konnten wir viele KollegInnen in Betrieben und bei Treffen mit Rat und Tat zur Seite stehen – sei es mit arbeitsrechtlicher Auskunft, für sozialrechtliche Dinge oder auch für Betriebsratsgründungen.

**Vielen Dank für das Interview, und viel Erfolg bei den AK-Wahlen!**

# „DIE ELITEN MACHEN SICH SORGEN UM DAS ENDE DER WELT, WIR UM DAS ENDE DES MONATS“ GELBWESTEN SAHEN ROT!

Ihr Auftauchen war ebenso plötzlich wie vehement. Entzündet hat sich die Massenbewegung und Revolte in Frankreich zunächst gegen die geplante Erhöhung der Diesel- und Benzinsteuer. Für die ohnehin kaum mehr über die Runden kommenden Geringverdiener und Bewohner der Peripherie Frankreichs, die beruflich und privat auf ihr Auto angewiesen sind, hätte diese Teuerung allerdings einen massiven Griff ins Portemonnaie bedeutet. Also schlüpfen Massen einfacher Menschen in gelbe Warnwesten um öffentlich „Stopp!“ zu sagen.

Organisiert hat sich dieses jähe Auftreten der „Gelbwesten“ („Gilets jaunes“) über soziale Medien und Netzwerke, abseits des Parteiensystems und der Gewerkschaften. Nichts desto trotz beteiligten sich am ersten Aktionstag, Samstag 17. November, hunderttausende Franzosen quer über 700 Orte an den Protesten – darunter mit Massendemonstrationen in den Großstädten und Blockaden der Verkehrskreuzungen sowie Sperren von Autobahnauffahrten. Die „Gelbwesten“-Bewegung entwickelte sich daraufhin zum massivsten Aufstand seit 1968.

Obwohl spontan ausgebrochen, entstand die Revolte natürlich nicht aus dem Nichts. In ihr entlud sich der Frust, die Enttäuschung und die immense aufgestaute Wut breiter Schichten gegen die Verwerfungen des Neoliberalismus und Emmanuel Macrons asozialer „Regierung der Reichen“. Entsprechend heterogen ist denn auch die soziale Zusammensetzung der „Gelbwesten“: Die meisten sind ArbeiterInnen mit niedrigem Einkommen, aber auch Selbständige, Kleinunternehmer, prekär Beschäftigte, Handwerker, Arbeitslose, Schüler- und StudentInnen oder PensionistInnen zogen auf die Straßen oder sammelten sich an neuralgischen Verkehrsknotenpunkten.

## Ignoranz und Polizeigewalt

Der Elysée Palast unter dem für seine grenzenlose Überheblichkeit bekannten Monarchen Macron, reagierte zunächst mit Schweigen gepaart

mit Diffamierungen, Tränengas und Schlagstöcken – und fuhr mit bis zu 90.000 Polizisten und Panzerwagen in den Städten gegen die Proteste auf. Bei den aufgrund der Kriegserklärung des Elysées an die Protestierenden erst eskalierenden Zusammenstößen, kam es im Spätherbst zu über 3.000 Festnahmen. Zahlreiche Demonstranten wurden in Schnellverfahren zu empfindlichen Geldstrafen verdonnert oder gar zu Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten verurteilt. Zerschlagen ließen sich die Proteste damit ebenso wenig wie diskreditieren. Die Zustimmungsrate der Bevölkerung zur Bewegung lag trotz der staatlich geschürten Hysterie bei stabilen 75%.


Die Dynamik führte vielmehr zu einer Ausdehnung der Massenproteste bspw. auch auf die Landwirte und einem Weiterstreben der Forderungen. War der unmittelbare Auslöser zunächst die genannte Dieselseuer, gesellten sich mit Fortdauer der Bewegung bald die Forderungen nach einer sofortigen Erhöhung des Mindestlohns von 1.185 Euro auf 1.300 Euro sowie nach einer Mindestpension von 1.200 Euro hinzu. Zu Finanzierung der beiden Anhebungen, fordern die „Gelbwesten“, die von Macron im Zuge seiner neoliberalen Steuer- und Finanzpolitik gerade abgeschaffte „Reichensteuer“ wieder in Kraft zu setzen. Darüber hinaus griff immer nachhaltiger die Forderung nach direkter Demokratie mit Einführung von Volksentscheiden und Volksbegehren Platz – und die: nach Rücktritt Macrons.

Trotz manch diffuser und unausgereifter Forderung sowie strategischer Planlosigkeit abseits der Barrikaden: die „Gelbwesten“ repräsentieren das Symbol des energischen, teils militant geäußerten sozialen und demokratischen Widerstands der kleinen Leute gegen das neoliberale Establishment. In diesem Zusammenhang zeichnet sich der heiße Herbst, den die Massenbewegung den Herrschenden Frankreichs bereitete, nicht zuletzt auch dadurch aus, dass sie sich nicht in ein „In“ gegen „Ausländer“ spalten oder eine „Flüchtlingsdebatte“ aufkotzieren ließ

und sich auch immun erwies gegen das beliebte Nach-unten-Treten gegen angebliche „Sozialschmarotzer“. Der Kampf auf den Straßen Frankreichs war hegemonal ein explizit von „unten“ gegen „oben“ gerichteter.

## Sozialpartnerschaft statt Schulterchluss

Obwohl es mit den auf neuer Ebene erhobenen Forderungen zu einer gewissen Annäherung zwischen „Gelbwesten“ und Gewerkschaften kam, gelang es nicht, die wechselseitige Skepsis und Distanz zu überwinden. Schlussendlich bezogen die französischen Gewerkschaften sogar auf der falschen Seite der Barrikade Platz. Zwar waren zahlreiche ihrer Mitglieder von Anfang an dabei, haben sich mit der Zeit immer mehr Gewerkschafter zu Gelbwesten erklärt, flammten begleitend in verschiedenen Branchen und Bereichen Streiks auf und hat die CGT im Strom der Ereignisse Mitte Dezember zu einem nationalen Streik- und Aktionstag für höhere Löhne aufgerufen. Zur notwendigen Verbindung der massiven Proteste mit entsprechenden gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen kam es jedoch nicht. Im Gegenteil. Die großen Gewerkschaftsverbände Frankreichs sind vielmehr dem von Macron einberufenen „Sozialpartnertgipfel“ am „runden Tisch“ gefolgt, haben die Bewegung der „Gelbwesten“ zur Mäßigung aufgerufen und das in höchster Not noch aus dem Köcher gezogene Verhandlungsangebot der arg bedrängten Regierung begrüßt. Lediglich einige, wenige, konsequent-kämpferische Teile der Gewerkschaftsbewegung bzw. der CGT beharrten auf dem nötigen Schulterchluss mit den Protestierenden und riefen zu Streiks und Blockaden auf. Aber auch das Gros des etablierten linken Lagers fand keinen solidarischen Zugang zur Bewegung, geschweige denn eine gemeinsame kämpferische Perspektive, sondern blieb auf Distanz und zog es vor, anstatt dessen die „bessere Sozialdemokratie“ im Parlament und Institutionen zu mimen und sich auf Diskurse über diesen oder jenen Aspekt der „Gelbwesten“-Bewegung zu kaprizieren.



© Thomas Bresson

### Zugeständnisse ohne Kurskorrektur

Die Hartnäckigkeit und Wucht der Bewegung verlangte dem immer stärker in Bedrängnis geratenen Staatspräsidenten nichts desto trotz Zugeständnisse ab um seinen Kopf zu retten. Zunächst zog Macron die CO<sup>2</sup>-Steuer überraschend komplett zurück.

Danach sagte er die Anhebung des Mindestlohns um 100 Euro zu. Diese und andere Konzessionen erweisen sich bei näherem Blick jedoch als Mogelpackung. (Die Mindestlohnerhöhung etwa, haben nicht die Unternehmer zu tragen, sondern finanzieren sich die SteuerzahlerInnen über die Staatskasse selbst.) Für eine grundsätzliche Kurskorrektur reicht es denn auch nicht, dass die neoliberale Führungsfigur der Grande Nation durch den

Aufstand der „Gelbwesten“ angezählt ist, sondern es muss ihm schon im gemeinsamen Kampf das Zepter entrissen werden. Ja, allein schon die von ihm nach wie vor kategorisch ausgeschlossene Wiedereinführung der Vermögenssteuer macht es notwendig, das Wetterleuchten der „Gilets jaunes“, das den Herrschenden Frankreichs im Mark und Bein gefahren ist, zum gemeinsamen, solidarischen Kampf fortzuentwickeln.

## ÖGB/AK NEBELGRANATE: EU-„SOZIALUNION“

Die EU – das „Europa der Banken und Konzerne“ – steckt in einer handfesten Krise und entwickelt sich ökonomisch immer stärker auseinander. Ja, mit dem Brexit, der Entwicklung in Italien, der De-Industrialisierung Frankreichs u.a.m. steht sie heute inmitten einer Zerreißprobe. Aber anstatt sich mit den tieferen Gründen der immer stärkeren wirtschaftlichen Ungleichgewichte, den damit einhergehenden sozialen Verwüstungen und dem steigendem Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitenden EU-Europas zu konfrontieren, übt sich die Gewerkschaft in einem nebulösen und zahnlosen Ruf nach einer „Sozialunion“.

Dabei hatten schon im Vorfeld der Einführung der europäischen Währungsunion namhafte Wirtschaftswissenschaftler 1992 in einer öffentlichen Erklärung gewarnt: Ihre Einführung und Konstruktion wird vielfach zu „wachsender Arbeitslosigkeit“ führen und Europa „starken ökonomischen Spannungen aussetzen, die in absehbarer Zeit zu einer politischen Zerreißprobe führen können“.

Denn mit der Euro-Währungsunion hielt zugleich ein tiefgehender nationaler wirtschafts-, konjunktur- und beschäftigungspolitischer Kompetenzwegfall Einzug, mit dem zum einen die wesentlichen wirtschaftspolitischen Ausgleichsmechanismen nicht mehr existieren und zum anderen der Neoliberalismus gleichsam zum supranational verfestigten Staatsgrundgesetz erhoben wurde.

Die vorherrschende, naive gewerkschaftliche Sichtweise einer gesellschaftspolitisch neutralen Währungsunion, verkennt daher die strukturellen Zwänge die vom Euro-Regime ausgehen. Der Euro ist diesbezüglich nicht bloß eine Währungsumstellung, sondern schlägt seinen Teilnehmern drei der vier zentralen wirtschaftspolitischen Regulierungsinstrumente aus der Hand: die Wechselkurspolitik (mit ihren Auf- und Abwertungsanpassungen der Währungen), die Zinspolitik (die heute in der Hand der EZB zentralisiert ist) und (über die Maastricht-Kriterien und den Fiskalpakt) die Budgetpolitik (verschärft noch um die im Euro-Kontext verabschiedete nationale „Schuldenbremse“ und den neuen österreichischen Stabilitätspakt). Die wirtschaftspolitischen Regulierungsinstrumente und makroökonomischen Anpassungen im Euroraum und in Österreich verlagern sich daher vorrangig auf die Lohnpolitik und jene Politikbereiche, die diese mittelbar beeinflussen, allem voran die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Wenn heute in der EU überall „Lohnflexibilität“ und Lohnzurückhaltungen, ja vielfach gar Lohnsenkungen sowie Kahlschläge der Sozialsysteme eingefordert werden, ist das nicht zuletzt eine direkte Folge des Euro und seiner Konstruktion.

Die abstrakten Beschwörungen einer europäischen „Sozialunion“ sind Nebelgranaten: Ohne scharfer Konfrontation mit dem Euro-Regime und konsequenten Klassenkämpfen gibt es keine Möglichkeit auf Durchsetzung einer grundlegenden sozialen Wende.

# EIN KAMPF ZU ALLEN ZEITEN – AN ALLEN FRONTEN

Internationaler Frauentag  
Dünya Emekçi Kadınlar Günü  
Međunarodni Dan Žena  
Roja Jinên Kedkar



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg

Die Französische Revolution von 1789 markiert unzweifelhaft ein historisches Datum im Emanzipationskampf der Frauen. Nicht nur, dass sich aufkeimend der Gedanke der Gleichberechtigung der Geschlechter unter ihren ProtagonistInnen Bahn brach. Die Bewegung der Frauen hat die Revolution sowohl aktiv mitgetragen, sowie in Gestalt der weiblichen Sansculottinnen die Forderung der organisierten Bewaffnung der Frauen zu einem ihrer wesentlichsten Anliegen erhoben, und hat mit Olympe de Gouges und Claire Lacombe zugleich ihre beiden wohl bedeutendsten Gestalten hervorgebracht. Während die Verfasserin der „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ vielen zum Synonym des Beginns



Flora Tristan

der Frauenbewegung geworden ist, geriet Claire Lacombe jedoch weitgehend in Vergessenheit. Zu Unrecht. Als Teil der Bewegung der Enragés, der Zornigen und Wütenden, repräsentierte sie (zusammen mit Pauline Léon) die weibliche Verkörperung des radikalsten, linken Flügels der Revolution. Von Lacombe führte der Weg denn auch, unter entwickelteren sozial-ökonomischen Verhältnissen, zu Flora Tristan (1803–1844) und ihrer Einsicht in die unauflösliche Verschränkung der Klassen- und Geschlechterfrage und deren notwendiger politischer Verbindung. Die große Clara Zetkin, auf deren Antrag hin die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1910 den weltweiten Internationalen Frauentag als Kampftag für die „ganze Frauenfrage“ beschloss, widmete Flora Tristan demgemäß auch ein Kapitel in ihrem Buch „Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung“. Zunächst noch nicht zu einem einheitlichem Datum begangen, beschloss die II. Internationale Konferenz der Kommunistinnen unter Leitung Zetkins 1921 dann einstimmig, dass der Internationale Frauentag künftig einheitlich in der ganzen Welt am 8. März stattfinden sollte. Der Kampf um die Gleichstellung und Befreiung der Frau steht ungebrochen auf der Tagesordnung – und wird in kämpferischer Traditionslinie heute wie ehemals in all seinen Facetten ausgefochten.



# ALLE KRÄNE STEHEN STILL – SO GEHT STREIK!

Dass die Schweiz das Land der Uhren ist, das weiß auch die Gewerkschaft. Darum betonierte sie als Mahnmahl nach einem erfolgreichen Streik-Tag in Bern eine riesige Uhr vor den Baumeisterverband. Ein Vor-Ort-Bericht einer KOMintern-Aktivistin von einem Streiktag letzten November auf Berns Baustellen.

„Morgen, da dürfen wir dann randalieren, oder?“, fragte ein junger Bauarbeiter auf einer Straßenbaustelle, nachdem er seine Arbeit kurz pausierte, um mit den Gewerkschaftern zu sprechen. Sehr viele positive Rückmeldungen durften wir bei unseren Besuchen an den Baustellen sammeln. Die meisten Arbeiter wissen, dass ihre Rechte gerade angegriffen werden. Viele sind allerdings eingeschüchtert von ihren Chefs oder haben sogar Briefe mit Drohungen erhalten, dass es gar nicht gerne gesehen wird, wenn sie sich am großen Streik-Tag in Bern am 1. November beteiligen. Dennoch, mit viel Engagement, Kampfgeist und auch Kreativität ist es der Gewerkschaft Unia gemeinsam mit den Arbeitern gelungen, alle Kräne in der Stadt lahmzulegen und 700 Bauarbeiter auf die Straßen zu bringen.

Alle drei Jahre werden in der Schweiz die „GAVs“ (Gesamtarbeitsverträge, zu vergleichen mit Kollektivverträgen) ausgehandelt. Anfang 2018 war es für die Bau-Branche wieder soweit. Die Löhne sind seit fast vier Jahren nicht mehr gestiegen, außerdem kam der Baumeisterverband, also die Unternehmer, mit dem absurden Vorschlag, das Rentenalter von 60 auf 62 zu erhöhen. Selbstverständlich nicht, weil sie vorhatten, Bauarbeiter über 60 einzustellen, sondern um sich Abgaben für den Pensionstopf zu sparen. Nach ersten Protestmaßnahmen kamen sie mit der „Kompromisslösung“, entweder das Pensionsalter zu erhöhen oder die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Also der gleiche Trend, der gerade durch Österreich mit dem 12h Tag zieht und für die Lohnabhängigen nur Nachteile bedeutet.

## Schweizer Unia macht Nägel mit Köpfen

Ohne lange zu zögern, wussten die GewerkschafterInnen der Unia was zu tun ist. Unia ist mit Abstand die größte, stärkste und kämpferischste Gewerkschaft in der Schweiz. Es wurden monatelang Baustellen regelmäßig besucht, um Bauarbeiter über die Geschehnisse zwischen Gewerkschaft und Baumeisterverband zu informieren und um neue Mitglieder zu gewinnen. Alle Vorbereitungen liefen auf Streik-Tage in der ganzen Schweiz – von West nach Ost – hinaus. Angefangen von einem Streik im kleinen Tessin, an dem sich 3000 Bauarbeiter beteiligten, hin zu Genf und Fribourg, wo ebenfalls tausende Arbeiter für ihre Rechte und ihre Pension kämpften. Am 1. November war nun die erste Stadt in der Deutschschweiz an der Reihe. Noch bevor die Morgendämmerung angebrochen ist, sammelten sich zig Gewerkschaftssekretäre und freiwillige Helfer bei der Zentrale der Unia Bern in der Monbijou-Straße. In Gruppen zu

jeweils etwa 10 Personen und beladen mit allerlei Nützlichem – Ketten, Schlösser, Banner, Poster, Klebeband u.v.m. – soll jede Gruppe eine Route von Baustellen abklappern und wenn sie nicht ohnehin schon wegen des Streiktages geschlossen war blockieren. Kein Kran bewegt sich, kein Streik wird gebrochen war die Devise. Mit Erfolg. Über hundert Baustellen in Bern und auch außerhalb sind stillgestanden, trotz tätlicher Angriffe auf GewerkschafterInnen und Polizei-Eingriffen. Mit Bussen wurde der Großteil der Arbeiter vor den Baustelle abgeholt und zum Sammelpunkt gebracht – der übrigens eine spontan besetzte Baustelle war. Doch zahlreiche Bauarbeiter sind von selbst und überaus motiviert zum Treffpunkt gekommen. Nach einem warmen Gulasch für alle ging es los mit der anschließenden Demonstration, doch die Abschluss-Aktion war uns noch unklar. Unter dem Rauch roter Rauchtöpfe griff der Berner Sektionsleiter der Unia für die Bau-Branche zur Schaufel und betonierte gemeinsam mit einigen weiteren Gewerkschaftssekretären eine riesige Uhr vor das Gebäude des Baumeisterverbandes ein. Polizei war zwar anwesend, doch gegen eine tobende Menge hunderter motivierter Bauarbeiter können sie nichts ausrichten.

Am fünften November fand ein weiterer Streiktag in der Deutschschweiz statt und am sechsten der krönende Abschluss in der Schweizer Hauptstadt Zürich. Insgesamt beteiligten sich gut 10.000 Bauarbeiter an den Streiktagen und sollte ihr Pensionsalter oder ihre Arbeitszeiten weiterhin angegriffen werden, dürfen wir mit weiteren Maßnahmen der Gewerkschaft Unia rechnen.

Was wir in Österreich daraus lernen können, ist, dass solch branchenweite Streiks sehr wohl auch in hochentwickelten, westlichen Staaten nicht nur möglich, sondern auch nötig sind. Außerdem sehen wir hier, wie Gewerkschaften kämpferisch agieren und mit ihrer konsequenten Arbeit das Vertrauen der Lohnabhängigen erhalten und damit auch die Kraft, Arbeitskämpfe zu gewinnen.



# LAUES LÜFTERL

## STATT „HEISSER HERBST“



In anderen Ländern hätten die Gewerkschaften die Beschäftigten und die Bevölkerung gegen den 12-Std.-Tag und die Demontage des Sozialsystems denn auch schon längst auf die Straßen und in den Generalstreik geführt und die Bänder, Maschinen sowie den öffentlichen Verkehr still gelegt. In Österreich dagegen beklagen die Gewerkschafts-Oberen selbst im von ihnen ausgerufenen „Heißen Herbst“ vorrangig die „fehlende Gesprächsbereitschaft“ der Regierung und Wirtschaftsvertreter – und jammerten, statt Nägel mit Köpfen zu machen, über mangelnde „Augenhöhe“.

### Etwas Muskeln zeigen reicht nicht

Freilich, die ebenso breitflächigen wie rigorosen Frontalangriffe auf die sozialen Verhältnisse, der sozial-reaktionäre Umbau der Gesellschaft, sowie die permanenten Affronts gegen Betriebsräte, Gewerkschaft und AK, gingen und gehen auch an den Gewerkschaftsspitzen nicht ganz spurlos vorüber. Verbunden mit dem Druck von unten und der steigenden Wut und Unzufriedenheit der Beschäftigten, kamen auch die normal einer rigiden „sozialpartnerschaftlichen Intimität“ mit Kapital und Regierung verpflichteten Interessensvertretungen der Arbeitenden nicht umhin, etwas Muskeln zu zeigen – allerdings, um bei erster Gelegenheit den gewohnten faulen Kompromiss zu schließen.

### Laues Lüfterl statt „heißer Herbst“

Dabei hätten es der ÖGB und die Fachgewerkschaften noch in der Hand gehabt, mit einem wirklich „Heißen Herbst“ in konzertiertem, branchenübergreifendem und konsequentem Arbeitskampf den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche noch zu kippen. Darin wäre zugleich auch die Möglichkeit gelegen die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse im Land zu verschieben. Auf Basis solcher veränderter Klassenkräfteverhältnisse hätte man dem neoliberal-rassistischen Zerreißen des sozialen Netzes entschieden entgegenzutreten können, hätte die Auseinandersetzung gegen die Investitions- und Freihandelsabkommen (CETA, JEFTA, ...) bzw. gegen die Einbindung in die EU-Militärunion (PESCO/SSZ, FRONTEX, ...) forciert werden können und wäre die Zertrümmerung der Sozialversicherungen zurückzuschlagen gewesen...

Vollmundig tönten die Gewerkschaftsspitzen vor kurzem noch: „Wir werden uns alles, was den ArbeitnehmerInnen weggenommen wird bei den KV-Verhandlungen zurückholen“ – und bekamen genau dafür auch das Mandat auf rd. 3.000 Betriebsversammlungen quer durch alle Branchen.

### Sparflamme statt Flächenbrand?

Aber: je höher das verbale Gepolter, desto tiefer bekanntlich der Fall. Anstatt die quer durch die Branchen aufkeimenden Arbeitskämpfe voranzutreiben und sie miteinander zu einer kraftvollen Gegenmacht zu verbinden, schreckten die Gewerkschaftsspitzen selbst noch in Zeiten wie diesen vor einer konsequenten Auseinandersetzung mit den politischen und ökonomischen Eliten zurück und beließen es beim bloß symbolischen Säbelrasseln.

Dabei hätte sich der im November bereits im Anlaufen befindliche Vollstreik der Metaller geradezu ideal mit der in der gleichen Woche bevorgestandenen Verschärfung des Arbeitskampfes der Eisenbahner verschränken und eine breite, schlagkräftige Kampffront bilden lassen. Parallel dazu standen überdies auch noch die KV-Verhandlungen bei den Brauereien und Molkereien im Feuer und hakte und bröselte es auch im Handel „hint und vorn“. Aber anstatt den Kampf aufzunehmen und gemeinsam zum Erfolg zu führen und dem 12-Std.-Tags-Zinnober eine krachende Niederlage zu bereiten, schwenkte der oberste PRO-GE-Verhandler sowie gleichzeitige FSG-Chef im letzten Augenblick ein und blies den Arbeitskampf ab. Natürlich im Kuhhandel gegen ein paar Euro Zuschläge mehr, oder einer gerademal 10 minütigen Pause nach 11 Stunden harter Arbeit. Mit dem Kleinbeigeben und Ausscheiden des gewerkschaftlichen Zugpferds war der Ausgang der Auseinandersetzung jedoch bereits besiegelt, ehe sie richtig begann. Denn in ihrer traditionellen Rolle als österreichischem „Leit-KV“ fiel den Metallverhandlern letzten Herbst eine nochmals gesteigerte, ganz besondere Gesamtbedeutung und Verantwortung zu.

Damit degradierten die Spitzengewerkschafter zugleich die hohe Kampfbereitschaft und Entschlossenheit der Beschäftigten sowie die herbstlichen Warnstreiks abermals zur rein „sozialpartnerschaftlichen“ Verhandlungsmasse. Ähnlich den zumindest vielfach bereits zum bloßen Ritual erstarrten BR-Konferenzen, Betriebsversammlungen und wiederkehrenden Fotoaktionen.

### Per Handschlag zurück ins 19. Jhd.

Mehr noch: Die hinter uns liegende Herbst KV-Runde war ja keine übliche, normale Tarifrunde. In ihr ging es um viel mehr. Sie stand daher objektiv unter dem Zeichen der noch möglichen





Abwehr des von der Industrie in Auftrag gegebenen Arbeitszeitverlängerungsgesetzes. Mit den vollzogenen KV-Abschlüssen ist dieses Zurück ins 19. Jahrhundert nun jedoch auch per gewerkschaftsoffiziellm Handschlag akzeptiert und einzementiert. Ein Aushebeln dieser brachialen Entgrenzung unserer Arbeitszeit ist – gegen ein paar „Abfederungen“ hier und dort – von der Agenda gestrichen. Dem entspricht gleichzeitig, dass von Seiten der Gewerkschaftsspitzen auch von der eigentlich anstehenden, generellen Arbeitszeitverkürzung für alle keine Rede mehr ist. Dabei wäre gerade eine Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit dringend von Nöten.

### Und was wird aus Günther?

Medienwirksam hatte der ÖGB vor seinem hingelegten Bauchfleck im Sommer in den sozialen Medien noch ein Video zu Günther, dem Pflasterer aus der Donaustadt platziert. Eindrucksvoll erzählte es gleichsam von der Plage in brütender Sommerhitze künftig bis zu 12 Stunden lang an die 20 Kilogramm schwere Pflastersteine verbauen zu müssen. Und von den gesundheitlichen Folgeschäden für Günther: angefangen von seinem kaputt gehackelten Rücken, über seine lädierten Knie, bis zu seinen ramponierten Gelenken. Das könne man als Gewerkschaft auf gar keinen Fall hinnehmen. Nie und nimmer. Und, was sagen die ÖGB-Spitzen jetzt zu Günther? Ja, was sagen sie Svetlana, die wie Millionen anderer in keiner der gewerkschaftlichen Schlüsselbranchen arbeitet? Denn während

den starken gewerkschaftlichen Zugpferden fürs Umfallen im Großen wenigstens kleine „Kompensationen“ für ihr Klientel zugestanden werden, bleibt der Rest der Beschäftigten gänzlich auf der Strecke. Mag die Mitgliederzeitschrift des ÖGB auch „Solidarität“ heißen, er selbst ist durchsetzt von einem Klientelismus, der dem Gebot der Stunde geradezu spottet.

### Flächenbrand statt Sparflamme!

Sicher, die Industriellen, Großkonzerne und Reichen, sowie ihr willfähiges po-litisches Personal sind stark – aber keineswegs unbezwingbar. Entgegen ihrer medial zur Schau gestellten Selbstgefälligkeit, zitterten sie in Wirklichkeit davor, die Bänder und Maschinen könnten ernstlich still stehen und der Güterverkehr, gar der öffentliche Schienenverkehr mit seiner gewaltigen Hebelwirkung auf die gesamte Wirtschaft könnte tatsächlich lahmgelegt werden. Noch dazu vor dem Hintergrund des Damoklesschwertes, dass sich weitere Branchen in die Kampffront einreihen und die Gewerkschaften unter Einsatz des gesamten Arsenal gewerkschaftlicher Mittel und Kampfformen in einen konzertierten Arbeits- und Streikkampf treten könnten. Denn, so stark die Herrschenden und Regierenden auch sind, dem Kampf der Millionen gegen die Millionäre und deren willige Vollstrecker vermögen sie nicht Stand zu halten. Dafür bedarf es allerdings eines grundlegenden gewerkschaftlichen Kurswechsels und einer Stärkung der kämpferischen Kräfte in Gewerkschaften, AK und Betrieb.

### IMPRESSUM/ Offenlegung laut § 25 Mediengesetz:

KOMintern ist ein Verein (ZVR 177108644). Die Blattlinie entspricht den Grundsätzen des Vereins. Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die umfassende Vertretung der Interessen aller in Österreich arbeitenden Menschen unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Staatsbürgerschaft und ihrer Nationalität, insbesondere in den bereits bestehenden gesetzlichen und freiwilligen Interessenvertretungen der Lohnabhängigen. Haftungshinweis: Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion und des Vereins übereinstimmen. Druckfehler vorbehalten. Datenschutzinfo: [www.komintern.at/dsgvo](http://www.komintern.at/dsgvo)

**KOMintern**  
Kommunistische  
Gewerkschaftsinitiative – **International**

Redaktion: KOMintern-Vorstand; Fotos (falls nicht anders angegeben), Grafik & Gestaltung: KOMintern/Dunja Pinta;  
Kontakt & Bestellung: Bennoplatz 6/01, 1080 Wien, [www.komintern.at](http://www.komintern.at), [info@komintern.at](mailto:info@komintern.at)



**Nadir Aykut, KOMintern-Vorsitzender**  
 „Für ein 40/60/80-Modell des Pensionssystems!“



**Fabian Brandstätter, Ersatz-Betriebsrat**  
 „Gleiche Rechte für alle, die hier leben!“



**Güler Yağız, Küchenkraft**  
 „Löhne rauf – Preise runter!“



**Ercan Özen, Industriearbeiter**  
 „Kampf gegen Arbeitslosigkeit & Hartz VII!“



## Eine Auswahl unserer KandidatInnen und der zentralen Forderungen



**Can Tohumcu, AK-Rat NÖ**  
 „Reiche zur Kasse – radikale Umverteilung von oben nach unten!“



**Selma Schacht, AK-Rätin, Betriebsratsvorsitzende**  
 „Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft!“



**Hüseyin Kayan, Arbeiterbetriebsrat**  
 „Für einen robusten, kollektiv-vertraglichen Mindestlohn & aktive Lohnpolitik!“



Unser detailliertes Forderungsprogramm kurz & prägnant in der aktuellen Broschüre „Kurswechsel in AK und Gewerkschaft“, kostenlos zu bestellen unter: [info@komintern.at](mailto:info@komintern.at)

# WIR SIND KOMINTERN!

BIZ KOMINTERN´IZ!  
MI SMO KOMINTERN!  
EM KOMINTERN IN!  
WE ARE KOMINTERN!



**Andrea Wögerer, Angestelltenbetriebsrätin**  
„Soziales Netz ausbauen statt kürzen!“



**Berk Özdemir, Journalist**  
„Hoch die internationale Solidarität!“



**Lukas Haslwanger, Handelsangestellter**  
„Keine Profite mit der Miete!“



**Sonja Beier, Gewerkschaftsaktivistin**  
„Für freie Bildung & Ausbildung!“



**Franz Holzer, Betriebsratsvorsitzender**  
„Arbeitszeit verkürzen!“



**Fethi Tarakci, Arbeiterbetriebsrat**  
„Digitalisierung: eine Macht- und Klassenfrage!“



**Aysel Sap, Frauenrechts-Aktivistin**  
„Für vollständige Gleichberechtigung – in Arbeit, Familie & Gesellschaft!“



**Zeynel Altun, Schichtarbeiter**  
„Für eine revolutionäre gesellschaftliche Alternative!“



**KOMintern**  
Kommunistische  
Gewerkschaftsinitiative – *International*

[www.komintern.at](http://www.komintern.at)



# KLASSENKAMPF STATT SOZIALPARTNERSCHAFT!

Mit ihrer „sozialpartnerschaftlichen“ Unterordnung haben Gewerkschaften und AK ihre Funktion als Kampfinstrument und Organ der konsequenten Interessensvertretung der Arbeitenden eingebüßt. Voraussetzung dieser Art „Partnerschaft“ mit den ökonomischen und politischen Eliten im Land war und ist es eben, in weitgehendem Verzicht auf den Einsatz der Kampfkraft der Gewerkschaften seinen „Frieden“ mit dem Kapital zu machen. An die Stelle einer autonomen, einzig unseren Arbeits- und Lebensinteressen verpflichteten Orientierung sowie der entschiedenen Interessenspolitik in Einbeziehung und Mobilisierung der Beschäftigten trat so eine „Stellvertreterpolitik“ und neue Intimität der Gewerkschaftsspitzen mit den Wirtschaftsvertretern und jeweiligen Regierungen.

Damit blieben Gewerkschaften und AK schon in der Vergangenheit hinter dem eigentlich gesellschaftlich Möglichen zurück. Daran vermag auch die hartnäckige Mär ihrer angeblichen „Erfolgsgeschichte“ nicht zu rütteln. Dass in Österreich in der Vergangenheit am „Grünen Tisch“ teils größere Erfolge erzielt werden konnten als in anderen Ländern in harten Arbeits- und großen Streikkämpfen, ist nicht Ergebnis der „Sozialpartnerschaft“, sondern lag an bestimmten, günstigen Voraussetzungen: der Schwäche der heimischen Unternehmerschaft, der geostrategischen Fensterlage Österreichs in der Ost-West-Auseinandersetzung, sowie der international einst kaum vergleichbaren Größe des ÖGB, sprich: dem vergleichsweise sehr hohen Organisationsgrad der Arbeitenden (1970, zur Hochblüte, noch bei 60% liegend) und dessen formalen „Drohpotential“ als Einheitsgewerkschaft.

## Die Mär einer „Erfolgsgeschichte“

Gleichzeitig sackte der Anteil der Löhne am Volkseinkommen auch in Österreich seit Ende der 1970er Jahre stetig ab und kletterten die Gewinne auf Kosten der Löhne seit vier Jahrzehnten kontinuierlich in die Höhe. Die Lohnfindung ist eben keine (gar nach diversen ausgeklügelten Formeln bestimmbare) „sozialpartnerschaftliche“ Angelegenheit, sondern entzieht sich vielmehr dem harmonischen „Ringens am grünen Tisch“. Der Lohnstreit ist demgegenüber vielmehr eine Frage des Klasseninteresses und Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – in dessen Kontext auch der an sich nicht unrichtige Verweis auf die Stärkung der Kaufkraft und Binnennachfrage nur ein flankierendes Hilfs- und Zusatzargument darstellen kann. Für eine reale Verschiebung in der Primärverteilung von Oben nach Unten ist daher eine grundsätzliche ideologische und gewerkschaftspolitische Wende von Nöten, sprich: unseren Interessen verpflichtete Lohnabschlüsse deutlich über Inflation plus Zunahme der Arbeitsproduktivität. Solche sind allerdings ohne konsequenten Kampf nicht zu erringen.

## Verheerende Langzeitfolgen

Noch schwerer als die materiellen Schäden des Zurückbleibens von Gewerkschaft und AK hinter ihren Möglichkeiten, wiegen allerdings die politischen und ideologischen Folge- und Langzeitschäden der „Sozialpartnerschaft“: Im Windschatten der devoten Rolle und Funktion der sich als Teil der nationalen

Eliten verstehenden Gewerkschaftsspitzen haben sich die gesellschaftlichen und politischen (Klassen-)Kräfteverhältnisse *in* und *um* die „Sozialpartnerschaft“ jedoch drastisch zulasten der Arbeitenden und Gewerkschaftsbewegung verschoben und wird sie von Regierungs- wie Unternehmenseite immer rigoroser aufgekündigt. Die Zeiten der „Zugeständnisse von oben“ und „sozialpartnerschaftlichen Kompromisse“ am „Verhandlungstisch“ sind definitiv vorbei. Mehr noch: Heute erfordert selbst die Verteidigung der historisch in harten Kämpfen erfochtenen Errungenschaften und der später zugefallenen Krümel den entschiedenen Arbeitskampf. Und das gilt natürlich umso mehr für alle vorwärtsweisenden Verbesserungen unserer Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen. Gleichzeitig haben Jahrzehnte des „Klassenkompromisses“ tiefe Spuren hinterlassen: Nämlich eine systematische Verschleierung der Interessensgegensätze, die „Entideologisierung“ und Entpolitisierung sowohl der Gewerkschaftsbewegung wie breiter Massen der Beschäftigten, eine bloß rudimentäre Einsicht der Werktätigen in ihre Kraft als Klasse, damit einhergehende Tendenzen der Entsolidarisierung und Apathie, ein stetiger Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades. Sowie, last but not least, ein fundamentaler politischer und strategischer Autonomieverlust der Gewerkschaftsbewegung, ihre Aktionsunfähigkeit und das Verlorengehen einer jedweden systemüberwindenden Alternative zur Profit-Logik. Umso desaströser ist es denn auch, dass sich ÖGB und AK selbst unter heutigen Bedingungen

nicht aus dem Stahlnetz der „Sozialpartnerschaft“ lösen, bis auf ein gelegentliches Säbelrasseln keine kämpferische Interessensvertretung einschlagen und die Gewerkschaftsbewegung und Arbeitenden im Land weiter zum Stillhalten verdonnern.

### Kurswechsel zur Klassenfunktion

Ob und inwieweit die Offensive des Kapitals weiter durchschlägt, wird sich letztlich am Widerstand, vor allem am gewerkschaftlichen, entscheiden, den wir ihr entgegensetzen. Aber dafür bedarf es freilich eines Kurswechsels der Gewerkschaften und der AK, die Wiederherstellung ihrer Klassenfunktion und ihre Umwandlung in Kampfinstrumente der Arbeitenden! Und hierfür braucht es wiederum unsere unabdingbare Selbstermächtigung als Arbeitende und eine Stärkung der kämpferischen Kräfte wie KOMintern in AK, Gewerkschaften und Betrieb!



# GEGEN DAS GESCHÄFT MIT DEM WOHNEN

Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen, aber die Einkommen halten mit den steigenden, und in den Städten regelrecht explodierenden, Mieten nicht mehr mit. Die Mieten steigen im Schnitt mehr als doppelt so stark wie die allgemeine Teuerung. Nicht zuletzt, weil sich die Sozialdemokratie auf Bundes- und Kommunalebene schon seit Jahrzehnten von sozialer Wohnbau- und Mietpolitik verabschiedet hat. Darüber vermögen auch die einzelnen, bloß punktuellen Reformansätze auf der Oppositionsbank nicht hinwegzutäuschen. Sie wären bestenfalls der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Und es spricht Bände: Als wir vor wenigen Jahren ein umfassendes Programm gegen das Geschäft mit dem Wohnen in die AK einbrachten, wurde diesem von Seiten der FSG noch ein Begräbnis erster Klasse beschert.

Darin enthalten war u.a. bereits die Forderung nach „*Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Betriebskosten und `warmes Wohnen`*“ – eine Forderung mit der sich die SP heute bekanntlich als Oppositionsmanöver zu schmücken versucht.

Die schwarz-blaue Regierung dreht die Schraube der profitgetriebenen Wohnpolitik nun nochmals enger und strebt eine tiefgreifende Mietrechtsreform im Interesse der Miethaie und Immobilienwirtschaft an, um „marktkonforme Mieten“ durchzusetzen. Die geplanten Mietrechtsänderungen würden das Wohnen im Altbaubestand nach Expertenschätzungen um bis zu 60% teurer machen. Die ersten Gesetze sollen bereits demnächst verabschiedet werden: Darunter auch die Einführung von Lagezuschlägen

in Gründerzeitvierteln. Dies würde bspw. in Wien nicht „nur“ deutlich teurere, vielfach erneut explodierende Wohnkosten bei bis zu 95.000 Wohnungen nach sich ziehen, sondern zudem auch den „marktkonformen“ Teuerungsdruck auf breiter Front für alle Mietrechtsverhältnisse weiter hochschrauben.

Auf Antrag KOMinterns hat sich die AK Wien in der letzten Vollversammlung zumindest „in aller Deutlichkeit gegen die Einführung von Lagezuschlägen in Gründerzeitvierteln“ ausgesprochen. Jetzt heißt es den Kampf gegen die geplanten Lagezuschläge, die Spekulation mit Grund und Wohnraum und für eine soziale Wohnbau- und Mietpolitik aber auch aktiv aufzunehmen.

# „KÖLE DEĞİLİZ!“ – „WIR SIND KEINE SKLAVEN!“

## EIN HERBST IM ZEICHEN DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT!

Um das Prestigeprojekt Erdogans, den neuen Flughafen von Istanbul, pünktlich zum türkischen Nationalfeiertag am 29. Oktober 2018 einweihen zu können, gingen der türkische Staat und die Bau- und Subunternehmen im wortwörtlichen Sinne über Leichen.

Die Mammutbaustelle und der erbarungslose Hochdruck mit dem auf ihr gearbeitet wird, forderten selbst nach offiziellen türkischen Angaben in den letzten vier Jahren bereits 52 Todesopfer. Nach einem neuerlichen Unfall mit 19 z.T. schwerverletzten Arbeitern, traten Mitte September 2018 tausende Bauarbeiter in den Streik für bessere Arbeitsbedingungen. Der türkische Staat, fest entschlossen das Bauprojekt unter allen Umständen im vorgesehenen Zeitplan durchzupeitschen, machte sich sofort daran, den Streik mit Wasserwerfern und Tränengas niederzuschlagen. In der Nacht stürmten Spezialeinheiten der Polizei (ausgestattet mit Verhaftungslisten) dann die Unterkünfte der Beschäftigten, verhaftete 543 streikende Arbeiter sowie Gewerkschaftsfunktionäre und transportierten sie in Kasernen der Militärpolizei ab. Unter ihnen auch den Generalsekretär der regierungskritischen Bauarbeitergewerkschaft İnşaat-İş, Yunus Özgür.

### Solidarität gegen Willkür

Währenddessen forderte ein umkippen-der Kran am Flughafen ein weiteres To-

desopfer. Das Regime ließ derweil gegen jene sich weiterhin im Ausstand befindlichen Arbeiter zusätzlich Panzerfahrzeuge auffahren und griff sich im Anschluss noch den Präsidenten der Revolutionären Bauarbeitergewerkschaft Dev Yapı-İş, Özgür Karabulut, und steckte ihn in U-Haft. Als KOMintern organisierten wir umgehend eine Solidaritätskundgebung mit dem Kampf der Kollegen, forderten die sofortige Freilassung aller verhafteten Flughafen-Arbeiter sowie Streikführer und unterstützten die berechtigten Forderungen der Bauarbeiter in Istanbul. Zugleich überreichten wir dem internationalen Sekretariat des ÖGB eine Resolution und forderten auch die ÖGB-Spitzen zum nachdrücklichen Protest sowie der aktiven Solidarisierung auf.

Neben den katastrophalen Arbeitsbedingungen, Hetze und mangelnden Sicherheitsbedingungen richtete sich der Streik darüber hinaus gegen die miserablen Löhne und über Monate hinweg ausstän-digen Lohnzahlungen, gegen die hinauf-geschraubte Entgrenzung der Arbeitszeiten auf 12-Stunden-Schichten, ja vielfach sogar 16 Stunden Arbeitstage, sowie

gegen die erschreckenden hygienischen Zustände der Schlaf- und Waschräume in den provisorischen Wohncontainern. Die großen Gewerkschaften DISK und KESK sprechen unisono von „Zuständen wie im 18. Jahrhundert“. Dementsprechend verbreitet sich als Antwort auf den brutalen Angriff auf die Streikenden in den sozialen Medien und auf den spontanen Solidaritäts- und Protestkundgebungen auch die Kampfparole „Köle değiliz!“ – „Wir sind keine Sklaven!“.

Um ein Exempel gegen die schon des längeren in Erdogans Visier stehenden Gewerkschaften zu statuieren, eröffnete die türkische Willkürjustiz Anfang Dezember schließlich einen Prozess gegen 61 Arbeiter und Gewerkschafter wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“, „Sachbeschädigung“, sowie des Anti-Streik-Paragrafen „Verletzung der Freiheit zur Arbeit“.

### Die Wut lässt nicht nach

Gleichzeitig zeigten die inländischen sowie internationalen Proteste und die Kampagne zur Freilassung von Özgür Karabulut und aller weiteren Gefangenen erste Wirkungen. Zu Redaktionsschluss befinden sich, wenn auch unter



Auch der monatelange Arbeitskampf der Arbeiterinnen von Flormar (ein Tochterunternehmen von Yves Rocher), die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu Dutzenden auf die Straße gesetzt wurden, ist ein untrügliches Zeichen der Unbeugsamkeit und Kampfbereitschaft der Werktätigen für ihre Arbeits- und Lebensinteressen.



Ebenso währte der harte Streikampf der Süperpak-Beschäftigten (ein Tochterunternehmen des österr. Kartonweltkonzerns und „alt-adeligen“ Forstbesitzergeschlechts Mayr-Melnhof) in Izmir, Antep und Karaman um Lohnerhöhungen wochenlang.



strengen Polizeiaufgaben, bis auf einen zumindest alle im Zuge des Streiks Inhaftierten wieder auf freiem Fuß. Am 20. März wird der Politprozess gegen den Istanbul Streikkampf und die kämpferischen Bauarbeitergewerkschaften fortgeführt. Es darf indes mit Fug und Recht

bezweifelt werden, dass sich die kampferfahrenen Werktätigen sowie die sich den Härten des Klassenkampfes stellenden Gewerkschaftskräfte in der Türkei vom drakonischen Vorgehen des Staats und seiner Rachejustiz so ohne weiteres in die Knie zwingen lassen werden. Das

vermochte auch schon der mit der permanenten Verhängung des Ausnahmezustands einhergehende faktische Entzug des Streikrechts nicht zu bewerkstelligen. „Die Wut der Arbeiter wird nicht so leicht nachlassen“, zeigt sich Özgür Karabulut überzeugt.

## REISSFESTES **AUFFANGNETZ** KNÜPFEN!

Die Mindestsicherung wird von Schwarz und Blau seit 2015 aufgrund ihrer angeblich „explodierenden Kosten“ (zunächst auf Länderebene, jetzt als zentrales Koalitions-Lieblingsprojekt) demoliert, mit drastischen Einschnitten, Leistungskürzungen und -deckelungen sowie verschärftem Druck auf die Beziehenden und offen fremdenfeindlichen Bestimmungen.

Dabei liegen die Aufwendungen der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ (BMS) bei unter 1% (!) der österr. Sozialbudgets. Die politischen und medialen Fake-News zur BMS ließen indes die Alltagsschätzungen der Menschen auf völlig falsche angebliche rund 40% (!) der Sozialausgaben emporklettern. Ein Paradebeispiel, wie man mit geballtem sozial-reaktionären Dauerfeuer die Wirklichkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein entstellt.

Der gesellschaftliche Skandal sind also nicht die Mindestsicherungs-Beziehenden, sondern sind die skandalös niedrigen Löhne, von denen die Menschen nicht leben können, die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit und das ungenügende Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe.

Die von Kurz & Strache beschlossenen Kürzungen sind armutsfeindlich, kinderfeindlich und rassistisch. Wenn ein Kind kleinere Geschwister hat, dann bekommen die Eltern für diese in Zukunft weniger Geld. Wer keinen Pflichtschulabschluss oder keine B1-Deutschkenntnisse nachweisen kann, muss sich mit mickrigen 563 € im Monat durchschlagen – ein Betrag, mit dem man in Österreich unmöglich über die Runden kommen kann! Gleichzeitig kürzt die Regierung bei den AMS-Geldern für

Sprachkurse. Subsidiär schutzberechtigte Menschen werden überhaupt aus der „Mindestsicherung Neu“ ausgeschlossen und in die Grundversorgung gedrängt.

Wer profitiert? Vor allem die Immobilienkonzerne, da nun für höhere Mieten höhere Sachleistungen gezahlt werden, die 1 zu 1 den Vermietern zugutekommen, und die Unternehmer, die aus diesem staatlich befeuerten Lohndumping Gewinne ziehen. Aber auch die vormalige Mindestsicherung hat für ein existenzsicherndes Leben gar nicht ausgereicht. Sie muss also, anstatt sie zusammenzustutzen, im Gegenteil vielmehr über ihre bisherige Ausgestaltung hinaus weiterentwickelt werden!

Und dies im objektiven Gesamtinteresse aller Arbeitenden – denn der Kampf um die Anhebung der Mindestlöhne wird ohne gleichzeitiges Eintreten für eine armutsfeste Mindestsicherung nicht entscheidend vorankommen.

KOMintern fordert die Rücknahme aller bisherigen Verschlechterungen, von AK und ÖGB ein konsequentes und kämpferisches Nein gegen die sozial-reaktionäre, rassistische schwarz-blaue Mindestsicherungsreform und eine armutsfeste Ausrichtung der Mindestsicherung von mind. 1.240 Euro netto (= 60% des Medianeinkommens, 12 x im Jahr: Armutsgefährdungsgrenze nach EU-SILC).



# KOMMENTAR

## IRRLICHTER IN DER MINDESTLOHNDEBATTE

Selbst der IWF (Internationale Währungsfonds), auch nur der geringsten Parteinahme für die Arbeitenden gänzlich unverdächtig, musste in seinem letztjährigen Bericht eingestehen: Die Lohnquote (der Anteil der Löhne am Volkseinkommen) nimmt in den reichen Ländern seit den 1980er Jahren stetig ab und ist heute auf den tiefsten Stand seit 50 Jahren abgesunken.

Entsprechend gaben denn jüngst auch rund die Hälfte aller Arbeitenden in Österreich an, mit ihrem Einkommen „nicht oder gerade noch“ über die Runden zu kommen. Um der zunehmenden Armutsgefährdung und Lohnarmut, dem ständig steigenden Druck auf die Gehälter und den vielfach unhaltbaren Hungerlöhnen einen Riegel vorzuschieben, braucht es dringend einen robusten, flächendeckenden Mindestlohn im Land, der diesen Namen auch verdient. Dementsprechend fordern wir als KOMintern in unserem Modell auch einen Lebensstandard sichernden kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.915 Euro brutto. Und diesen bewusst nicht auf gesetzlicher, sondern kollektivvertraglicher Basis. Das klingt zunächst vielleicht wie ein Streit um des Kaisers Bart. Ist es aber nicht.

Anders als in anderen europäischen Ländern existiert in Österreich (aus historischen und institutionellen Bedingungen, wie einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad) eine – trotz aller Angriffe – gut etablierte Form der Kollektivverträge, die (im Unterschied zu anderen Ländern) für so gut wie alle Betriebe verbindlich sind. So wird der Mindestlohn für die Beschäftigten bisher denn auch, ähnlich wie in Dänemark, Schweden und Finnland, über gewerkschaftlich ausgehandelte Kollektivverträge bzw. Mindestlohntarife u.a. geregelt, und deckt bis zu 98% aller unselbständigen Werkträgigen ab.

### Kollektivvertrag vs. Gesetz

Seit geraumer Zeit fordern nun einige AK- und Gewerkschafts-Fraktionen, wie etwa der GLB und die AUG/UG, aufgrund der Lohnmisere, einen *gesetzlichen* Mindestlohn. Das klingt auf den ersten flüchtigen Blick auch einmal ganz unver-

fänglich. Aber ist es das auch? Nun, eine solche Mindestlohnregelung beinhaltet zunächst einmal einen gravierenden, in der 2. Republik noch nie dagewesenen staatlichen Eingriff in die gewerkschaftliche Kollektivvertrags-Autonomie und würde die Frage des Mindestlohns den unmittelbaren gewerkschaftlichen Lohnauseinandersetzungen entziehen.

Damit würde die künftige Festsetzung der Mindestlöhne direkt den politisch-parlamentarischen Kräfteverhältnissen und jeweiligen Regierung überantwortet. Um sich maximal durchsichtig vor Augen zu führen was das bedeutet, muss man den Blick noch nicht einmal auf stramm konservative oder neoliberale Regierungskabinette mit ihrem vielfachen jahrelangen Einfrieren der Mindestlöhne richten. Dazu genügt bereits ein Streiflicht auf die Amtszeit des einst von breiten Massen mit großen Hoffnungen ins US-Präsidentenamt gehieften Barack Obama. Der gesetzliche Bundes-Mindestlohn befand und befindet sich in den USA seit Jahrzehnten im Sinkflug und liegt inflationsbereinigt heute deutlich niedriger als zu seiner Einführung 1968. Nichts desto trotz harrete der Mindestlohn auch während der achtjährigen Präsidentschaftsperiode Obamas vergeblich auf eine weitere Anhebung. Auch in zahlreichen anderen Ländern, die über einen gesetzlichen Mindestlohn verfügen, wurde dieser vielfach über Jahre und Dezennien nicht mehr erhöht – zumal in einer Zeit der nachhaltigen Austeritäts- und Rotstiftpolitik.

### Autonomie statt schwarz-blauer Regierungswillkür

Einen solchen heute in Österreich zu fordern, entwindet also den Mindestlohn nicht „nur“ den Gewerkschaften als un-

mittelbaren Bestandteil ihres Lohnstreits, sondern würde ihn aktuell gar in die Hände der willigen schwarz-blauen Vollstrecker des Kapitals legen. Genauer noch, in jene der amtierenden Unsozialministerin Hartinger-Klein,

die dann per Gesetzesvorlage über seine Höhe bestimmen würde und bekanntlich der Auffassung ist, man könne (abzüglich der Wohnkosten) in Österreich auch von 150 Euro gut leben.

Um einer solchen gänzlich freien Verfügung und Regierungswillkür über einen gesetzlichen Mindestlohn zu entgehen, wird von manch nachdenklicheren VertreterInnen dann vorgeschlagen, ihn etwa an den Verbraucherpreisindex zu binden – und damit sozusagen eher dem „Statistischen Zentralamt“ zu überantworten. Bloß, eine solche an den Verbraucherpreisindex gebundene Variante, beinhaltet wie selbstverständlich die unausdrückliche Voraussetzung, dass die jetzt gerade vorhandenen Verteilungsverhältnisse als Fixpunkt angesehen und hingenommen werden, ja, die Mindestlohnquote am Volkseinkommen sich aufgrund der Produktivitätsentwicklung verteilungspolitisch sogar mehr und mehr verschlechtert. Und würde in dieser Perspektive zugleich die gegebenen Klassenkräfteverhältnisse im Blick auf den Mindestlohn in Stein meißeln und einzementieren. Bei jedem KV-Abschluss als bloßem Inflationsausgleich ohne Reallohnsteigerung würden die besagten Fürsprecher eines gesetzlichen Mindestlohns gleichzeitig – zurecht – inbrünstig aufschreien. Dass sie uns aber – bestenfalls! – genau das mit ihren Konzepten für die GeringverdienerInnen aufschwätzen wollen, scheinen sie nicht einmal zu bemerken.

So verlockend und unschuldig sich die Forderung nach einem *gesetzlichen* Mindestlohn vielleicht im ersten Moment anhört – gewerkschaftspolitisch tragfähig ist sie nicht. Stärker noch: gewerkschaftlich stellt sie vielmehr eine desaströse, gefährliche Fehlorientierung dar.



# GEMEINSAMER KAMPF FÜR UNSERE SOZIALVERSICHERUNG!

**Kürzungskanzler Kurz setzt im Gesundheitssystem die Brechstange an: Unsere Sozialversicherung wird demoliert. Mit Lügen und falschen Zahlen soll dies der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden. Aber was steckt wirklich dahinter?**

Die Sozialversicherungen haben keine Eigentümer im klassischen Sinn: Sie gehören den Versicherten, die selbst durch gewählte VersichertenvertreterInnen über den Mitteleinsatz entscheiden. Deswegen auch die Bezeichnung „Selbstverwaltung“. Natürlich ist zu kritisieren, dass diese von der FSG so intern gehalten wurde, dass fast kein Mensch weiß, dass er mit der AK-Wahl indirekt auch gleichzeitig die VertreterInnen in der Selbstverwaltung bestimmt: Denn diese werden von den Mehrheiten in der Arbeiterkammer entsendet. Das ist aber kein Grund, die Selbstverwaltung aufzuweichen – das wäre das Kind mit dem Bade ausschütten. Im Gegenteil, eine Demokratisierung und Öffnung wäre von Nöten! Nun passiert aber genau das Gegenteil.

## „Kalter Staatsstreich“ und Enteignung

Alle Gebietskrankenkassen und auch die betrieblichen (wie jene der MitarbeiterInnen der Wiener Linien) werden zwangsweise zur „Österr. Gesundheitskasse“ fusioniert – ohne uns Versicherte, also die Eigentümer, zu fragen. Mit diesem „Umbau“ verlieren die ArbeitnehmerInnen die Mehrheit in der Selbstverwaltung und wird den Wirtschaftsvertretern die Macht in den Sozialversicherungen übertragen. Zusätzlich erhält das Sozial- und Gesundheitsministerium auch noch tiefgreifende, neue Befugnisse und Eingriffsrechte – die die Selbstverwaltung in unliebsamen Fällen künftig auch overrulen kann.

Durch die Fusion der GKKs findet eine riesige Enteignung statt. Das gesamte Budget, die Rücklagen sowie der Besitz einer GKK wie z.B. Gebäude, Ambulanzen oder Spitäler wird zu Eigentum der ÖGK. Diese hat dann die alleinige Verfügungsgewalt. Die ÖGK könnte z.B. das Hanuschkrankenhaus (dzt. WGKK) an einen Spitalkonzern verkaufen, und niemand könnte etwas dagegen machen. Dieser Coup von Schwarz-Blau wird zurecht von Gewerkschaften und AK als die „größte Enteignung in der Geschichte Österreichs“ charakterisiert.

## Verlierer sind wir ...

Die gesamte Arbeiterschaft des Landes wie auch die Kinder und PensionistInnen werden, neben den Beschäftigten der Gebietskrankenkassen selbst, die Masse der sozialen VerliererInnen der sogenannten „Kassenreform“ und ihres milliardenschweren Kahlschlags sein. Für 7 Millionen Menschen führt



© Daniel Novotny

dies zu schlechteren Leistungen, längeren Wartezeiten und höheren Kosten. Neben der Rezeptgebühr für jedes Medikament kommen dann die Arztgebühr für jeden Arztbesuch, die Ambulanzgebühr und die Spitalsgebühr. Medizinische Leistungen wird man sich leisten können müssen! Es wird einen massiven Personalabbau geben, Servicecenter der Kassen werden geschlossen. Es droht auch, dass man zuerst Behandlungen selbst zahlen muss und erst danach um eine teilweise Rückvergütung ansuchen kann.

## ... Gewinner sind sie

Die Unternehmer und einige Spitzenverdiener können hingegen als politische und wirtschaftliche Profiteure dieser „Reform“ die Sektkorken knallen lassen. Denn einhergehend mit diesem Systemwechsel sollen die als „Lohnnebenkosten“ verunglimpften (Sozial-)Lohnbestandteile im Interesse der Unternehmer „deutlich gesenkt“ werden und der Turbo in Richtung „Zweiklassen-Medizin“ gezündet werden. Die Lohnnebenkostensenkung wird zu Selbsthalten in allen Bereichen des Gesundheitswesens führen!

## „Zukunftsmarkt“ Gesundheit: der „ganz große Kuchen“

Darüber hinaus geht es in diesem Coup um den ganz „großen Kuchen“. Hinter dem Aushungern, der Zerschlagung und Zusammenlegung der Krankenkassen stehen nämlich handfeste Begehrlichkeiten der großen Finanzkonzerne, der privaten Versicherungen und profitorientierten Gesundheitskonzerne, die auf den rasant wachsenden „Zukunftsmarkt“ des Gesundheitsbereichs spekulieren.

Denn dabei geht es um satte 60 Mrd. Euro im Jahr! Um das Sozialversicherungssystem dem Profit- und Anlageinteresse Privater zu öffnen bzw. zu privatisieren, wird daher die Selbstverwaltung zertrümmert, das Gesamtsystem nach den Interessen der Wirtschaft umgekrempelt und dem Einfluss und den politischen Kontrollfunktionen der ArbeitnehmerInnen-Vertretung entwunden.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Bundesregierung unsere Sozialversicherung zerschlägt! Um diesen Umbau und Kahlschlag abzuwenden braucht es allerdings einen konsequenten, gemeinsamen Widerstand ALLER Branchen, ALLER Gewerkschaften und ALLER betroffenen Versicherten!

# ÖSTERREICH: STEUERPARADIES DER REICHEN UND KONZERNE

Während die Lohnquote seit 1978 stetig absackt, schießt der Reichtum des österreichischen Besitz- und Geldadels ungebrochen durch die Decke und sprudeln die Profite auf Kosten unserer Löhne steil nach oben. Ja, in Österreich herrscht sogar eine lediglich mit den USA vergleichbare Reichtumsverteilung. Das kapitalistische System und die willfährige Politik seines politischen Personals aller Couleur schaffen und verschärfen in einem fort eine Konzentration der Einkommen und des Vermögens. Eine Entwicklung, die durch die SPÖ mit der Abschaffung der Vermögenssteuer und dem Generalumbau Österreichs in ein Steuerparadies für Konzerne, Banken und Superreiche ab Anfang der 1990er Jahre, nochmals regelrecht befeuert wurde. Und heute in der absurden Zurückweisung einer Vermögenssteuer durch die neue SPÖ-Chefin Rendi-Wagner ihre nahtlose Fortsetzung findet. So verfügt das vermögendste 1% der österr. Haushalte heute in etwa über gleich viel Vermögen wie die unteren 93% der Bevölkerung. Aber auch dieser Blick auf das oberste 1% erfasst jene extreme Minderheit der alles in den Schatten stellenden und lediglich einige Promille umfassenden Superreichen nur unzulänglich. So besitzen die 37 heimischen Milliardäre – also die reichsten 0,00001% des Landes

– ein aufgeschätztes Vermögen unvorstellbaren Ausmaßes, das über seine exorbitante Höhe hinaus, auch seinen politischen Einfluss begründet und zur vorherrschenden gesellschaftlichen Machtverteilung führt. Zusammen mit dem Besitz-, Aktien- und Beteiligungsvermögen der weiteren Hochfinanz sowie des Großkapitals verkörpert es die bestimmende Kapitalmachtkonzentration und entscheidende Steuerungszentrale des österr. Kapitals.

## Und weitere Steuerzuckerl

Dem nicht genug, soll die unter Schwarz-Blau I schon von 34% auf 25% gedrückte Gewinnsteuer (KöSt) der Unternehmen, in einem weiteren Akt jetzt auf 20% abgeschmolzen werden oder soll gar „ein Einser vorne stehen“ (also maximal nur mehr 19% betragen). Dabei stammen nach den dem Kapital zugeschanzten Steuergeschenken der letzten Jahrzehnte schon jetzt nur mehr lediglich 5,8% der Steuereinnahmen aus den Gewinnen, und rangiert Österreich mit seinem läppischen vermögensbezogenen Anteil am Steueraufkommen von 1,3% als internationales Schlusslicht in Sachen Vermögensbesteuerung. Entsprechend speist sich auch das Steueraufkommen mittlerweile zu nahezu zwei Drittel aus den beiden Mas-

sensteuern (Lohn- und Mehrwertsteuer), sprich: zum Überwiegenden aus unseren Beschäftigten-Einkommen – ja, bezieht man die Sozialversicherungsbeiträge mit ein, haben wir Arbeitenden 80% der Abgaben zu tragen. Womit die Beschäftigten zu den „Melkkühen“ des österreichischen Fiskus wurden, während sich die großen Kapitalgesellschaften mehr und mehr der Abgaben entziehen. Daran lässt sich zugleich wie durch einen Brennspiegel der nähere Charakter der an die politischen Schalthebel gelangten Figuren der Industrie, großen Handelsketten und Konzerne, sowie der Banken und Versicherungen erkennen. Denn 80% des KöSt-Aufkommens entstammen den gewinnstärksten fünf Prozent der Betriebe. Diese Big Player wären denn auch die wahren Profiteure der schwarz-blauen „Steuerreform“. Die börsennotierten ATX gelisteten Konzerne schütteten derweil denn auch schon einmal die Rekordsumme von 2,8 Mrd. Euro an Dividenden aus und lassen die Sektorkorken knallen.

*Höchste Zeit, diese „Schieflage“ zu wenden, der immer weiteren Steuerfreistellungen von Kapital und Großvermögen einen Riegel vorzuschieben und eine radikale Umverteilung von oben nach unten zu erkämpfen.*

# KOMINTERN PENSIONSMODELL: IN WÜRDE ALT WERDEN!

Mit der permanent getrommelten Lüge und Panikmache, die Pensionen seien „aufgrund der demographischen Entwicklung nicht ausreichend finanziert“, soll das Pensionssystem immer weiter ramponiert und die Renten gekürzt werden.

Das vielzitierte zahlenmäßige Verhältnis von Jung zu Alt sagt jedoch nichts über die Finanzierbarkeit unseres Pensionssystems aus. In der Tat: Wir werden (tendenziell) immer älter und damit einhergehend wird auch die Zahl der Älteren in Zukunft ansteigen. Gleichzeitig wird, wie seriöse Berechnungen zeigen, der Anteil der Pensionsaufwendungen – gemessen an der Wirtschaftsleistung Österreichs (BIP) – dadurch allerdings nur moderat ansteigen. Selbst die aktuellsten Langzeitberechnungen von Pensionskommission, Finanzministerium und EU-Kommission prognostizieren für das Jahr 2060 einen lediglich um 0,5% höheren Anteil am BIP an Pensionsausgaben zur Finanzierung der gesetzlichen Pensionen. Und entgegen der – noch dazu irreführend mit einer „Defizitabdeckung“ gleichgesetzten – Dramatisierung des Bundesbeitrags, liegt dieser in Wahrheit aktuell auf ähnlicher Höhe wie in den 1970er-Jahren. Das in einem fort kolportierte, angeblich bestehende „Milliardenloch“ im Pensionssystem ist ein reiner Etikettenschwindel. Das auf dem Prinzip der Drittelfinanzierung (je 1/3 durch die Arbeitenden, Unternehmer und dem Staat) basierende österreichische Pensionssystem, fußt vielmehr systemisch auf der Mitfinanzierung durch die öffentliche Hand – an Stelle einer 100%igen Abdeckung durch Beitragszahlungen (Abgaben von den Löhnen und Gehältern). Und das stellt auch kein vermeintliches Novum da. Im Gegenteil. Bereits die Bismarck'sche öffentliche Rentenversicherung in Deutschland aus dem 19. Jahrhundert, die der Ausgestaltung des österreichischen Pensionssystems 1956 als Vorbild Pate stand, basierte auf dem Prinzip der Drittelfinanzierung mit gesetzlicher Teilfinanzierung aus dem Staatsbudget. Dies in eine „Defizitabdeckung“ umzumünzen ist eine bewusste, ideologische Falschmünzerei des Begriffs.

Die steigende Lebenserwartung ist sonach denn auch alles andere als ein Grund für Panikmache, sondern ein erfreulicher Umstand. Das Ziel in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft muss es daher sein, nachdrücklich das Recht zu verteidigen in Würde älter und alt zu werden und nach einem arbeitsreichen Leben ein gesichertes und entspanntes Dasein zu führen.

## Wirkliche Probleme & Lösungen

Die wahren Probleme des Pensionssystems liegen vielmehr in den seit Jahrzehnten durch Rot-Schwarz sowie Schwarz-Blau voran getriebenen Pensions“reformen“: in der Absicht, kontinuierlich den Bundesbeitrag zu den Pensionsversicherungen zu



drücken, sowie in den vielfältigen Pensionskürzungen, mannigfachen drastischen Verschlechterungen und Systemumstellungen mit breiten Nivellierungen nach unten. Dazu gesellt sich in jüngerer Zeit eine horrende Arbeitslosigkeit, das Wuchern atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse, fragmentierte Erwerbsbiographien, „Zwangs-“Teilzeit und Minijobs. Aktuell droht, zur weiteren Erhöhung des Pensionsantrittsalters und den Verschlechterungen der Frühpensionsregelungen, zudem die Einführung einer Pensionsautomatik (automatische Anhebung des Pensionsantrittsalters analog der gesellschaftlichen Lebenserwartung).

Dreh- und Angelpunkte des umlagefinanzierten Systems sind neben der staatlichen Dritteldeckung so vor allem die Vollbeschäftigung, in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, mit hohen Löhnen und Gehältern, ein robuster Mindestlohn, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Aufhebung der Beitragsobergrenze für Spitzenverdiener, sowie die Heranziehung wertschöpfungsbezogener Quellen bzw. von Finanz- und Spekulationseinkünften.

## Wir fordern: # 40 / 60 / 80 Modell

- ➔ Rücknahme aller Pensionsverschlechterungs- und Kürzungs“reformen“ der letzten Jahrzehnte & Abwehr der bevorstehenden Angriffe der Regierung!
- ➔ 40/60/80-Modell des Pensionssystems:
  - eine maximale Lebensarbeitszeit von 40 Jahren,
  - spätestens mit 60 in Pension gehen können,
  - mit daran anschließender Pension von 80% des Einkommens der besten Jahre!
  - basierend auf einer öffentlich garantierten Mindestpension von 1.545,- Euro\*

\* (= mind. 80% des von uns geforderten Mindestlohns)

***Sammelpunkt des Widerstands  
& Motor des Klassenkampfes!  
Pol der internationalen Solidarität!***

***Sınıf Mücadelesinin ve  
Direnişin Motor Gücü!  
Enternasyonal  
Dayanıřmanın  
Mevzisi!***

***Centar otpora  
i motor klasne borbe!  
Pol internacionalne  
solidarnosti!***

***KONSEQUENT &  
KÄMPFERISCH***



**2019**



***KOMintern***

***Kommunistische  
Gewerkschaftsinitiative – International***

[www.komintern.at](http://www.komintern.at)